



Demokratie Monitor 2018

Martina Zandonella / Janine Heinz

Wien, Dezember 2018

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Methodische Vorgehensweise	4
2 Zum Demokratieverständnis der Menschen in Österreich	6
3 Wie steht es derzeit um die Demokratie in Österreich?	11
3.1 Ebene 1: Grundlegende Einstellungen zur Demokratie	12
3.2 Ebene 2: Bewertung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich	15
3.3 Ebene 3: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	19
4 Drei Kennzahlen für die künftige Beobachtung der Demokratie .	23
5 Zusammenfassung	25
Quellen.....	27
Abbildungen.....	28

Einleitung

Gemeinsam geteilte demokratische Grundhaltungen sind eine zentrale Ressource für ein funktionierendes gesellschaftliches Zusammenleben. Darüber hinaus gewährleisten sie Legitimität, Stabilität und Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Für eine lebendige Demokratie braucht es schließlich überzeugte DemokratInnen und damit BürgerInnen, die demokratische Überzeugungen kultivieren und dementsprechend demokratisch handeln. Der dieses Jahr stattfindende 100. Jahrestag der Gründung der Ersten Republik bietet eine außerordentliche Gelegenheit, den Zustand der Demokratie in Österreich zu untersuchen – ein derartiges Vorhaben wurde bislang nicht systematisch und langfristig umgesetzt. SORA führt daher seit März 2018 das Projekt „Österreichischer Demokratie Monitor“ durch.

Ziel dieses Monitors ist es, den aktuellen Zustand der Demokratie in Österreich aufzuzeigen sowie die Entwicklungen der Demokratie langfristig zu beobachten. Darüber hinaus wird eine empirische Grundlage geschaffen, um Warnsignale frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Demokratie in Österreich zu entwickeln. Dementsprechend ist der Demokratie Monitor als jährliches Erhebungsinstrument konzipiert, dessen Kennzahlen ab 2019 auch den Zeitverlauf im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen darstellen.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse des ersten Demokratie Monitors vorgestellt. Zuerst befasst sich Kapitel 1 mit der Methodik des Monitors. Daran anschließend untersucht Kapitel 2 das Demokratieverständnis der Menschen in Österreich. Kapitel 3 geht auf den aktuellen Zustand der Demokratie in Österreich ein und analysiert dazu drei unterschiedliche Ebenen von Demokratie. Darauf aufbauend werden im Rahmen von Kapitel 4 die drei Kennzahlen zur künftigen Beobachtung der Demokratieentwicklung festgelegt. Kapitel 5 fasst schließlich die zentralen Ergebnisse des ersten Demokratie Monitors zusammen.

1 Methodische Vorgehensweise

Im Rahmen des Demokratie Monitors wurde zwischen August und Oktober 2018 eine repräsentative Erhebung unter 2.158 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich durchgeführt. Dazu wurde ein standardisiertes Messinstrument (Fragebogen) entwickelt, das folgende Inhalte umfasst:

- Demokratieverständnis und Demokratiebewusstsein
- Vertrauen in demokratische Institutionen und AkteurInnen
- demokratische / demokratiefeindliche Werte und Einstellungsmuster
- politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
- Soziodemografie

Organisation und Durchführung der Erhebung

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 54% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 46% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die InterviewerInnen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Zusätzlich wurde mittels CAWI-Verfahren gearbeitet, das die Durchführung der Erhebung auch online ermöglicht. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 18 Minuten.

Stichprobe

Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohnerzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die TeilnehmerInnen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwändig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (u.a. Baur & Florian 2009).

Datenprüfung

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Dazu wurden im Besonderen Plausibilitätstests und eine Analyse der fehlenden Werte durchgeführt.

Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (u.a. Schröpfer 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Diese Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen gewisser Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – der österreichischen Bevölkerung – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden nach den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus und dem Urbanisierungsgrad gewichtet.

Indexbildung

Die Indexbildung im Rahmen des Demokratie Monitors erfolgte auf der Basis von explorativen und konfirmatorischen Faktorenanalysen, Reliabilitätsanalysen sowie konstruktvalidierenden Berechnungen.

2 Zum Demokratieverständnis der Menschen in Österreich

Von der Antike zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie des 21. Jahrhunderts hat sich die Auffassung darüber, was eine Demokratie auszeichnet, stetig verändert und weiterentwickelt. Die Grundpfeiler der österreichischen Demokratie sind in der Bundesverfassung verankert und umfassen das republikanische, das demokratische, das rechtsstaatliche und das bundesstaatliche Prinzip¹. Demnach steht an der Spitze unseres Staates ein auf Zeit gewähltes Staatsoberhaupt und alle BürgerInnen sollen sich an den politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Der Staat muss darüber hinaus jede seiner Handlungen gegenüber den BürgerInnen verantworten, wobei die Rahmenbedingungen hierfür der Rechtsstaat schafft. Dieser umfasst außerdem die Gewaltenteilung sowie Grund- und Menschenrechte². Grundsätze einer sozialen Demokratie sind wiederum über europäische und völkerrechtliche Bestimmung in Österreich verankert³.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht bilden gemeinsam geteilte, demokratische Grundhaltungen und die politische Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Was verstehen die Menschen in Österreich jedoch unter Demokratie? Das Demokratieverständnis der Bevölkerung ist umfassend und beinhaltet das demokratische Prinzip, den Rechtsstaat und das soziale Prinzip im selben Ausmaß (Abbildung 1):

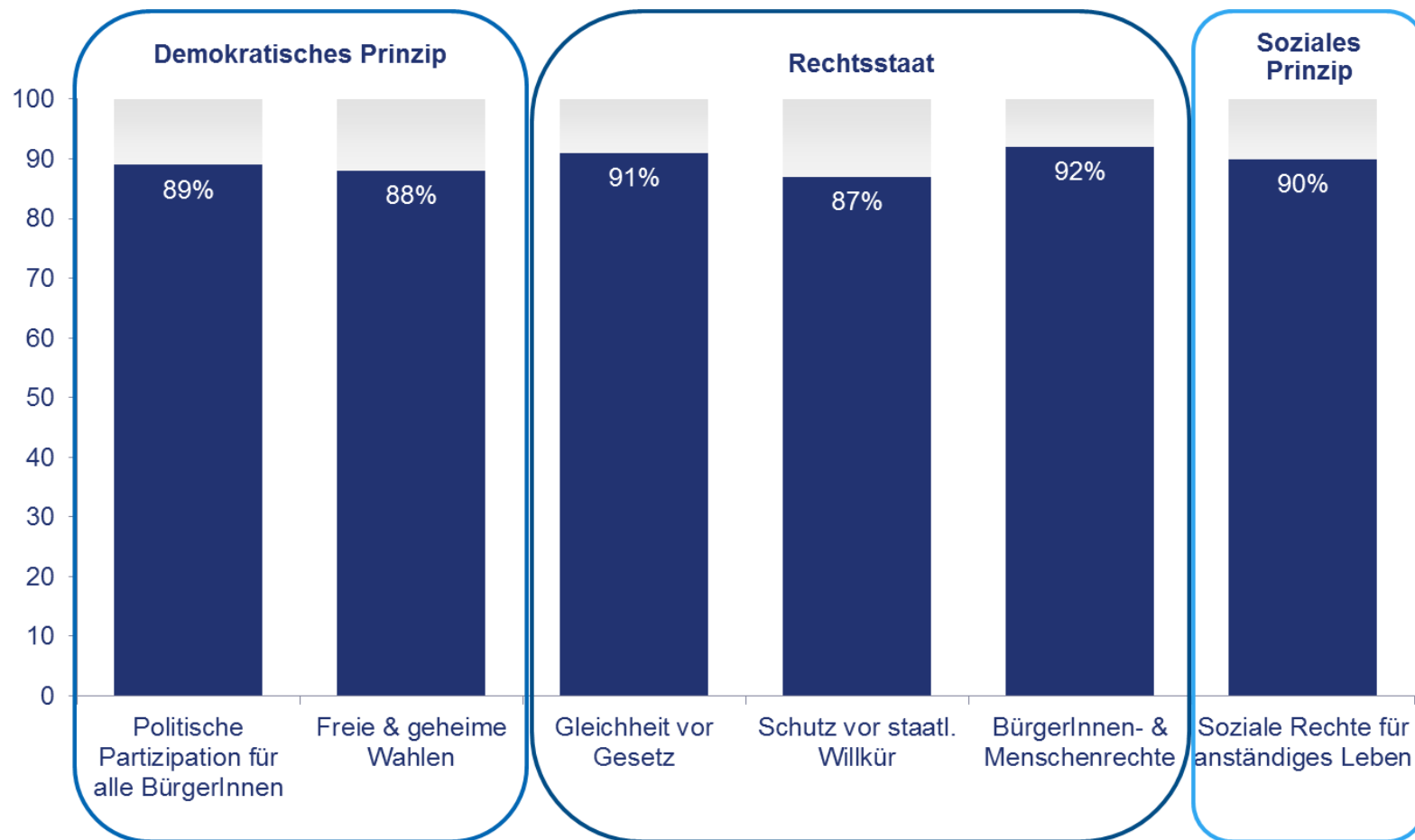
So sind jeweils rund neun von zehn Menschen in Österreich davon überzeugt, dass zu einer Demokratie freie und geheime Wahlen ebenso gehören wie die Möglichkeit zur Partizipation für alle BürgerInnen. Auch der Rechtsstaat wird als fixer Bestandteil einer Demokratie betrachtet – sowohl die Gleichheit vor dem Gesetz, als auch der Schutz vor staatlicher Willkür und BürgerInnen- sowie Menschenrechte sind aus Sicht der Bevölkerung für eine Demokratie zentral. Schließlich bedeutet Demokratie für die Menschen auch, dass es soziale Rechte gibt, die anständiges Leben für alle gewährleisten.

¹ Art. 1, 2 und 18 im B-VG, online verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/>

² <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/>

³ <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007377>
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000629>

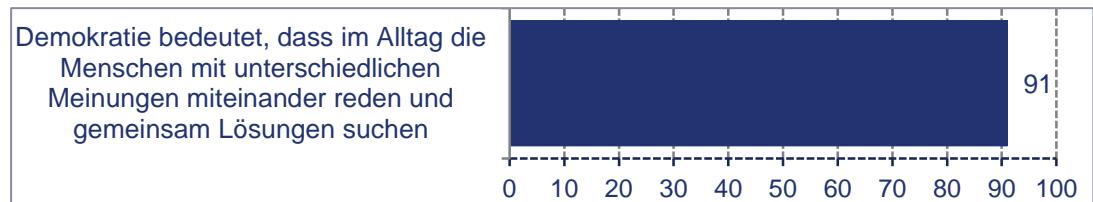
Abbildung 1: Demokratieverständnis der Menschen in Österreich



Anm: Frage im Wortlaut: „Was macht eine Demokratie für Sie aus?“

Für die Bevölkerung geht Demokratie jedoch über diese formalen Grundlagen hinaus – vor allem die demokratische Auseinandersetzung ist Teil ihres Alltags: Für rund neun von zehn Menschen bedeutet Demokratie dementsprechend, dass Menschen mit unterschiedlichen Meinungen miteinander reden und gemeinsam nach Lösungen suchen (Abbildung 2).

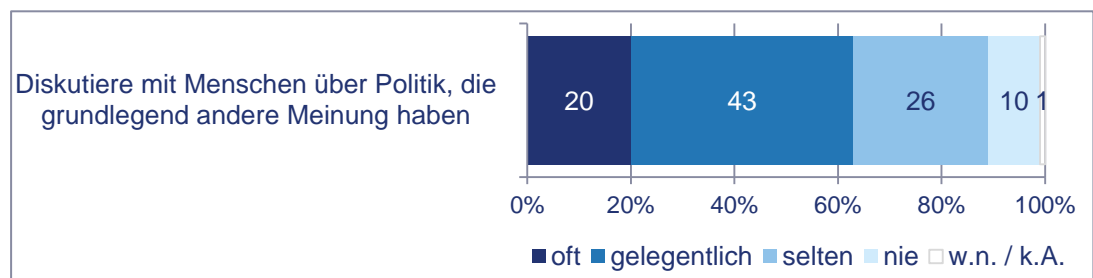
Abbildung 2: Demokratische Auseinandersetzung im Alltag



Anm.: Angaben in Prozent; Frage im Wortlaut: „Was macht eine Demokratie für Sie aus?“

Dass dies kein abstraktes Bekenntnis zur demokratischen Auseinandersetzung ist, zeigt sich beispielsweise daran, dass sich nahezu zwei Drittel der Menschen in Österreich tatsächlich und zumindest gelegentlich mit Menschen auseinandersetzen, die eine gänzlich andere politische Meinung haben als sie selbst (Abbildung 3).

Abbildung 3: Beispiel einer demokratischen Auseinandersetzung im Alltag

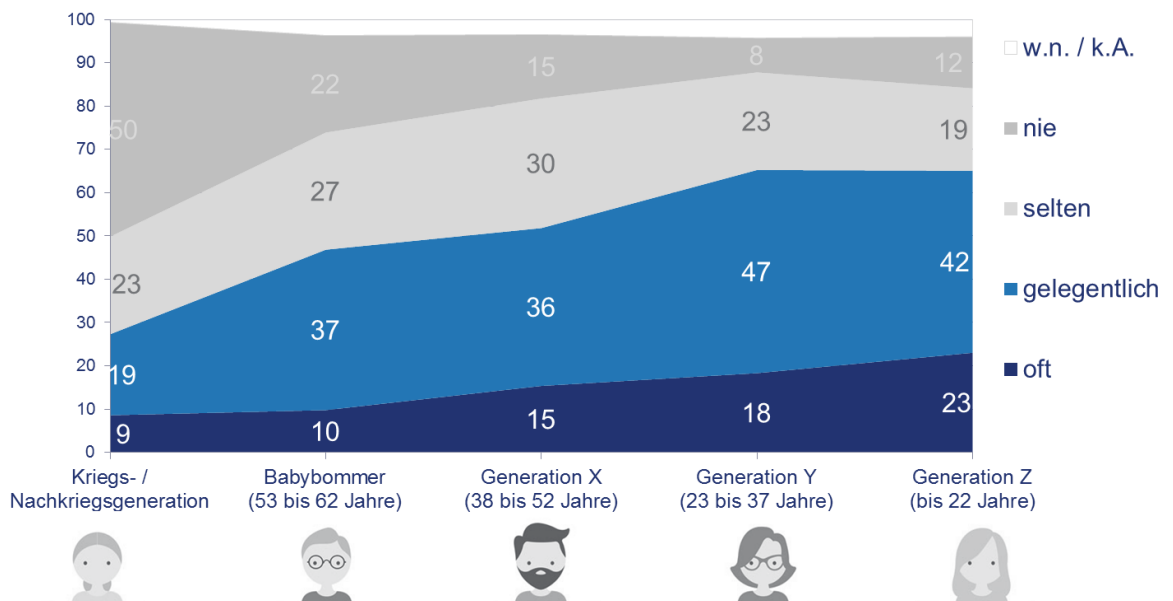


Anm.: Frage im Wortlaut: „Diskutieren Sie oft, gelegentlich, selten oder nie über Politik mit Menschen, die eine grundlegend andere Meinung haben als Sie selbst?“

Demokratische Auseinandersetzung wird im Zuge der Sozialisation innerhalb demokratischer Systeme erlernt und eingeübt. Einen besonderen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang die Schule ein – sie trägt die Verantwortung dafür, Wissen, Kompetenzen und Mitbestimmung in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext zu vermitteln. Dass es innerhalb der Zweiten Republik genau in diesem Bereich einen regelrechten Demokratisierungsschub gegeben hat, zeigen die Ergebnisse des Demokratie Monitors:

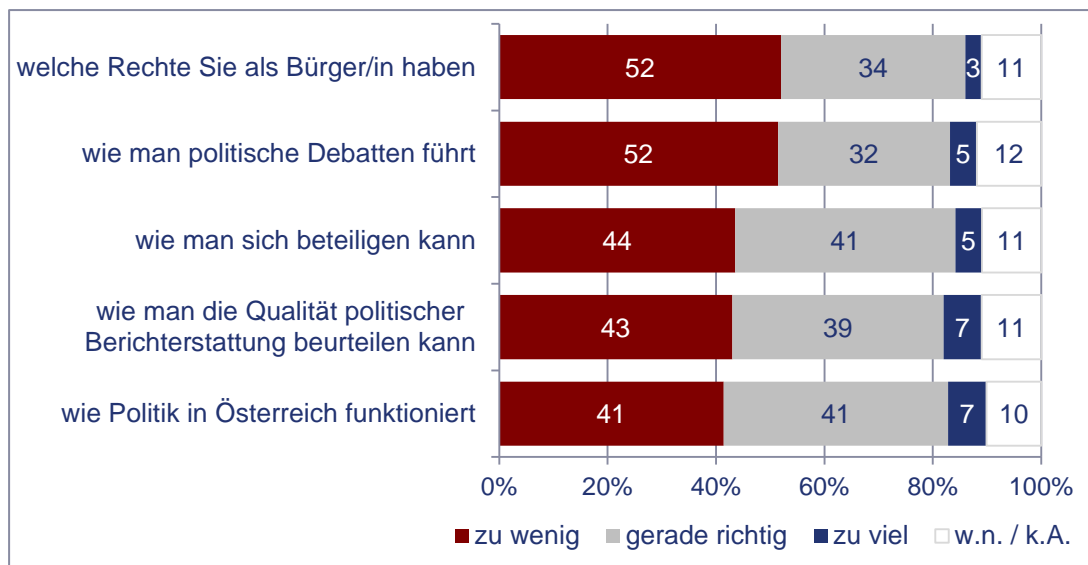
So konnten nur 28% der Kriegs- und Nachkriegsgeneration in ihrer Schulzeit zumindest gelegentlich Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen. Heute können selbiges rund zwei Drittel der 16- bis 22-Jährigen. Keinerlei Beteiligung im Schulkontext war wiederum für die Hälfte der Kriegs- und Nachkriegsgeneration normal, heute gilt dies für nur mehr 12% der 16- bis 22-Jährigen (Abbildung 4).

Abbildung 4: Beteiligung im Schulkontext



Anm.: Angaben in Prozent; Frage im Wortlaut: „Konnten Sie in der Schule oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen? Also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?“

Die zunehmende Möglichkeit zur Mitbestimmung spiegelt sich in einem starken Bedürfnis nach politischer Bildung bzw. in einer kritischen Bewertung der bestehenden schulischen politischen Bildung: So sind rund die Hälfte der 16-26-Jährigen der Ansicht, zu wenig über ihre Rechte als BürgerInnen und über politisches Debattieren gelernt zu haben. Rund vier von zehn dieser jungen Menschen hätten in der Schule außerdem gerne mehr darüber gelernt, wie sie sich beteiligen können, wie die Qualität politischer Berichterstattung beurteilt werden kann und wie Politik in Österreich funktioniert (Abbildung 5).

Abbildung 5: Bewertung der schulischen politischen Bildung

Anm.: n=300 16- bis 26-Jährige; Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt ...?“

3 Wie steht es derzeit um die Demokratie in Österreich?

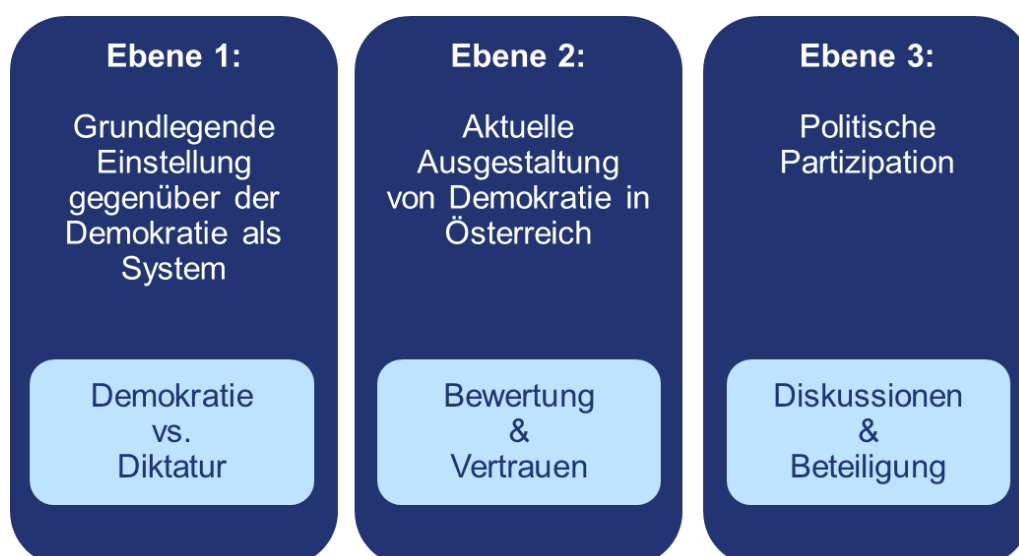
Um den Zustand der Demokratie in Österreich aufzeigen und Entwicklungen nachvollziehen zu können, unterscheidet der Demokratie Monitor drei Ebenen von Demokratie (Abbildung 6): Die erste Ebene untersucht die grundlegenden Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie: Ist für sie Demokratie die beste aller möglichen Regierungsformen? Können Sie einem autokratischen System mit einem Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, etwas abgewinnen? Und in welchem Ausmaß stoßen autoritärere oder illiberale Formen von Demokratie auf Zustimmung?

Ebene zwei erfasst, wie es um die Zufriedenheit mit der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich bestellt ist: Wie gut funktioniert das politische System aus Sicht der Bevölkerung? Wird die Demokratie als lebendig und stark wahrgenommen? Und vertrauen die Menschen in Österreich zentralen demokratischen Institutionen?

Die dritte Ebene umfasst die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation: In welcher Art und wie häufig beteiligen sich die Menschen an politischen Diskussions-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen? Welche Bevölkerungsgruppen partizipieren mehr, welche weniger?

Diese drei Ebenen bilden schließlich auch die Basis für jene drei Kennzahlen, deren jährliche Erhebung und Beobachtung mögliche Veränderungen in den Einstellungen der Menschen gegenüber der Demokratie sichtbar machen werden.

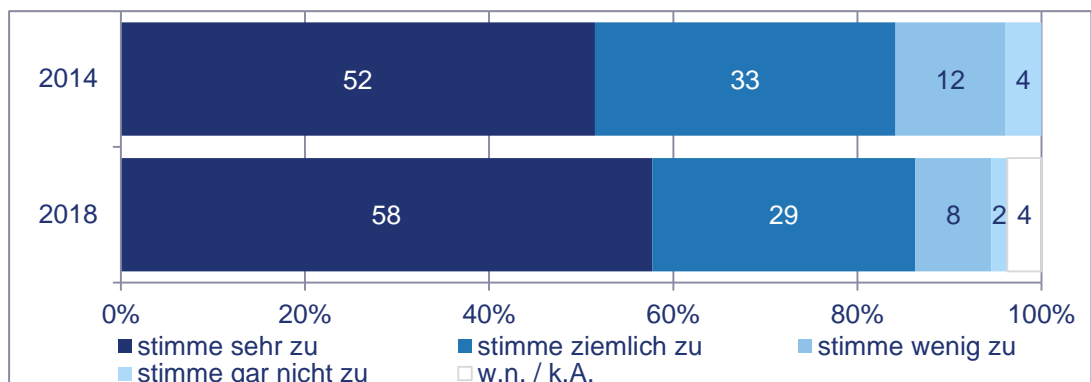
Abbildung 6: Die drei Ebenen von Demokratie im Demokratie Monitor



3.1 Ebene 1: Grundlegende Einstellungen zur Demokratie

Wie stehen die Menschen in Österreich nun der Demokratie als System gegenüber? Der Demokratie Monitor verweist darauf, dass die Demokratie in Österreich grundsätzlich stark verankert ist und einen hohen Stellenwert einnimmt: Für 87% der Bevölkerung ist die Demokratie – auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag – die beste Staatsform. Diese hohe Zustimmung zur Demokratie als grundlegendem System hat in den letzten vier Jahren auch noch etwas zugenommen (Abbildung 7).

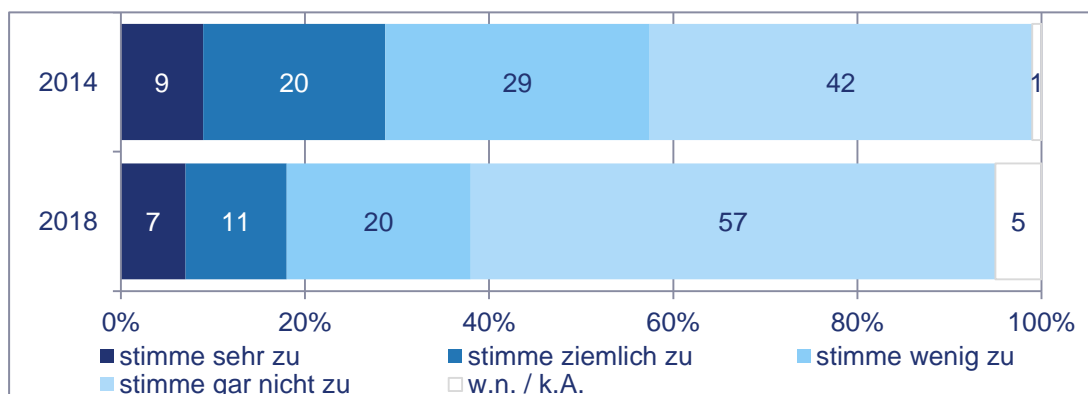
Abbildung 7: Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform



Anm.: Frage im Wortlaut: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

Dementsprechend lehnt die überwiegende Mehrheit der Menschen in Österreich eine Diktatur in Form eines starken Führers, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, ab. Zustimmung findet eine derartige Autokratie bei 18% der Bevölkerung – vor vier Jahren lag dieser Wert mit 29% noch deutlich höher (Abbildung 8).

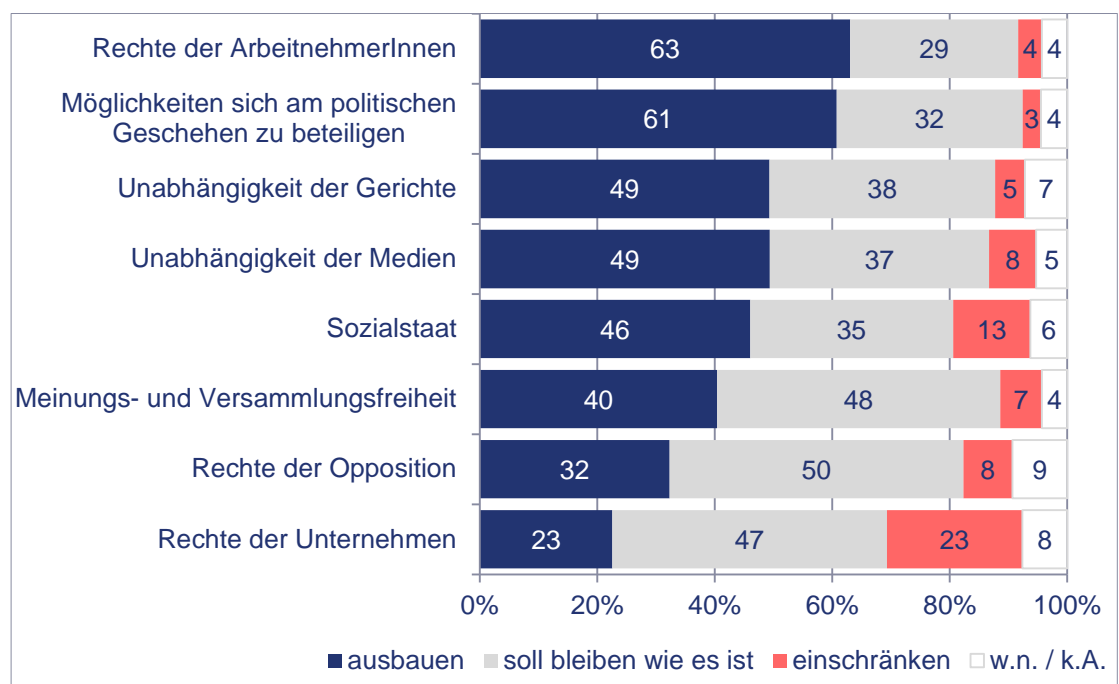
Abbildung 8: Zustimmung zu einer Autokratie



Anm.: Frage im Wortlaut: „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

Die grundlegend positive Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie wird dadurch unterstrichen, dass sich viele Menschen für einen Ausbau von Rechten aussprechen: So wünschen sich 63% mehr Rechte für ArbeitnehmerInnen und 61% hätten gerne mehr Möglichkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Rund die Hälfte der Menschen in Österreich befürwortet den Ausbau der Unabhängigkeit von Gerichten und Medien (Abbildung 9). Hierin spiegelt sich auch das umfassende Demokratieverständnis der Bevölkerung (Kapitel 2): Gewaltenteilung und der Rechtsstaat sind wichtige Anliegen, ebenso Partizipation und soziale Rechte.

Abbildung 9: Ausbau bzw. Einschränkung von Rechten



Anm.: Frage im Wortlaut: „Soll die Regierung in Österreich die ... einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?“

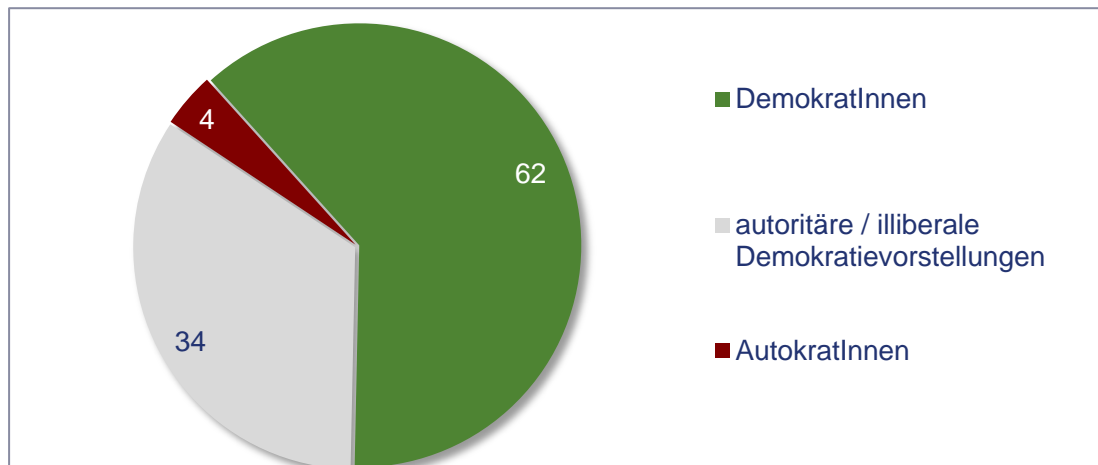
Um nun die grundlegenden Einstellungen der Menschen zur Demokratie etwas tiefergehend zu untersuchen, wurden die eben vorgestellten Einstellungen zu drei Einstellungsmustern zusammengefasst (Abbildung 10):

Mit 62% äußert die Mehrzahl der Bevölkerung durchgängig demokratische Einstellungsmuster – sie stimmen der Demokratie als bestem Regierungssystem uneingeschränkt zu und lehnen eine Autokratie, an deren Spitze ein Führer steht, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, jedenfalls ab. Zudem sprechen sie sich gegen jegliche Einschränkung der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte und Medien sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus.

Ein ungeteilt autoritäres Einstellungsmuster äußern 4% der Bevölkerung: Diese Menschen lehnen die Demokratie ab und sprechen sich für ein autokratisches System aus.

Zwischen diesen beiden Gruppen befindet sich schließlich rund ein Drittel der Bevölkerung mit autoritären bzw. illiberalen Demokratievorstellungen. Menschen mit diesem Einstellungsmuster lehnen eine Autokratie ab und sehen die Demokratie als beste Staatsform, sie befürworten jedoch deren Einschränkung in zumindest einem der folgenden Bereiche: der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte, der Unabhängigkeit der Medien und/oder der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Abbildung 10: Drei Einstellungsmuster in Zusammenhang mit Demokratie



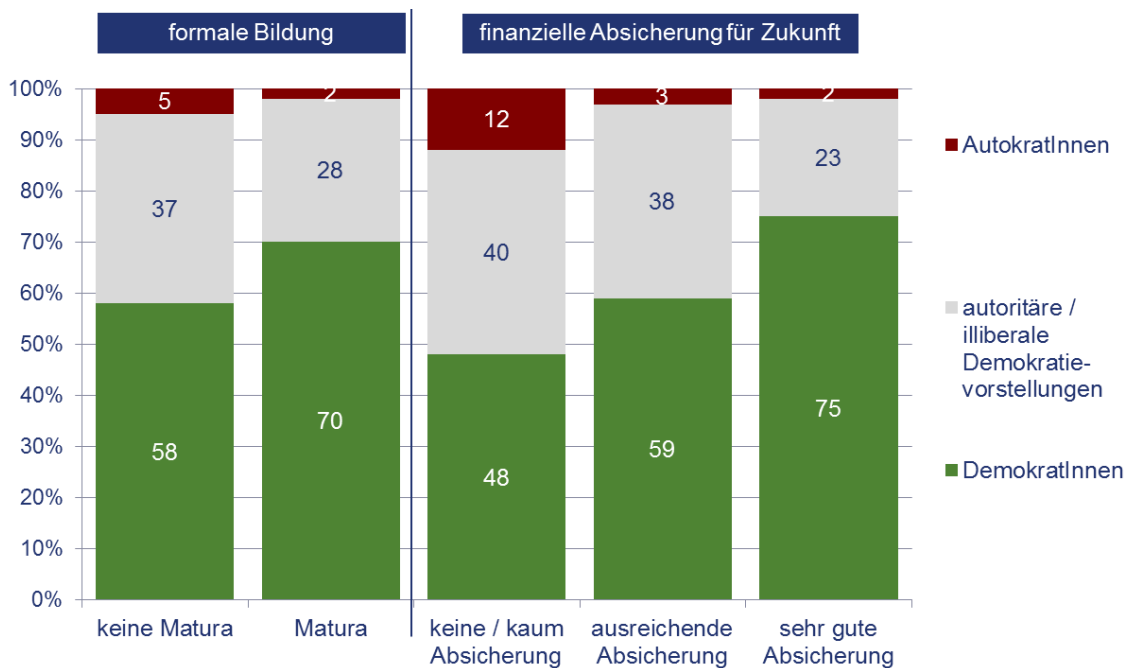
Anm.: Die drei Einstellungsmuster sind zusammengesetzt aus den Zustimmung zu den Fragen: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“; „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“; „Soll die Regierung in Österreich die Rechte der Opposition / die Unabhängigkeit der Gerichte / die Unabhängigkeit der Medien / die Meinungs- und einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?“

Diese drei Einstellungsmuster sind über unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hinweg nicht im selben Ausmaß verbreitet. Anschließend an die durchgeführten Analysen erweisen sich in diesem Zusammenhang die den Menschen zur Verfügung stehenden Ressourcen als zentral, allen voran formale Bildung und ökonomische Sicherheit (Abbildung 11):

Während der Anteil an DemokratInnen mit zunehmenden Ressourcen steigt, sinkt jener der Menschen mit autoritären bzw. illiberalen Demokratievorstellungen. So äußern also 75% der Menschen mit sehr guter finanzieller Absicherung uneingeschränkt demokratische Einstellungsmuster, jedoch nur knapp die Hälfte der Menschen mit keinen bzw. wenig finanziellen Ressourcen. Demgegenüber haben 23% der gut abgesicherten Menschen autoritäre

bzw. illiberale Demokratievorstellungen, jedoch 40% der Menschen mit keiner oder einer nur geringer Absicherung.

Abbildung 11: Verbreitung der drei Einstellungsmuster in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen



Anm.: Die finanzielle Absicherung der Befragten wurde über ihren Berufsstatus, ihr Haushaltseinkommen und über ihre subjektive Einschätzung erfasst. Frage im Wortlaut: „Bitte denken Sie an Ihr Einkommen, ihren Besitz und an das, was Sie einmal erben. Alles in allem betrachtet: Sind Sie für die Zukunft sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht abgesichert?“

3.2 Ebene 2: Bewertung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich

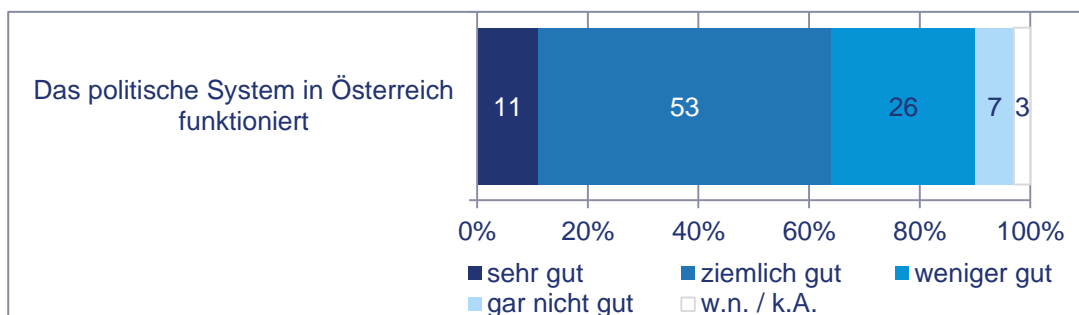
Neben den grundlegenden Einstellungen der Menschen zur Demokratie ist im Rahmen des Demokratie Monitors auch noch relevant, wie die Bevölkerung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich gegenübersteht. Diese zweite Ebene von Demokratie umfasst daher die Bewertung der Funktionsweise des politischen Systems, die Einschätzung seiner Lebendigkeit und Stärke sowie das System- und Institutionenvertrauen der Menschen in Österreich.

Für nahezu zwei Drittel der Bevölkerung funktioniert das politische System in Österreich gut, ein Drittel ist jedoch skeptisch: Für diese Gruppe funktioniert Demokratie in Österreich derzeit weniger oder gar nicht gut (Abbildung 12). Ein Großteil dieser Menschen erlebt die Demokratie in Österreich auch als tot und schwach. Im Gegensatz dazu denken jedoch 44% der Menschen, dass die

Demokratie lebendig ist, 38% beschreiben sie als stark (Abbildung 13 und Abbildung 14).

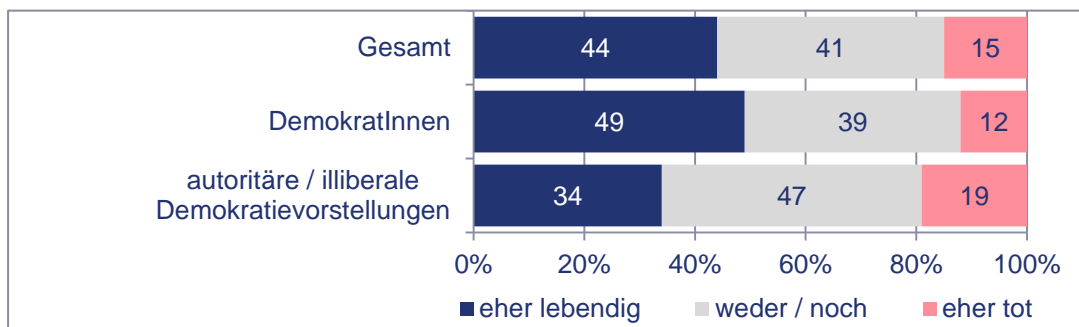
Die Wahrnehmung der Demokratie in Österreich als lebendig und stark hängt mit den grundlegenden Einstellungsmustern der Menschen zusammen: Während rund die Hälfte der DemokratInnen die Demokratie als lebendig beschreibt, gilt selbiges für nur ein Drittel der Menschen mit autoritären bzw. illiberalen Demokratievorstellungen (Abbildung 13, siehe auch Kapitel 3.1). Ebenso schätzen DemokratInnen die Demokratie in Österreich häufiger als stark ein (Abbildung 14).

Abbildung 12: Funktionsweise des politischen Systems in Österreich



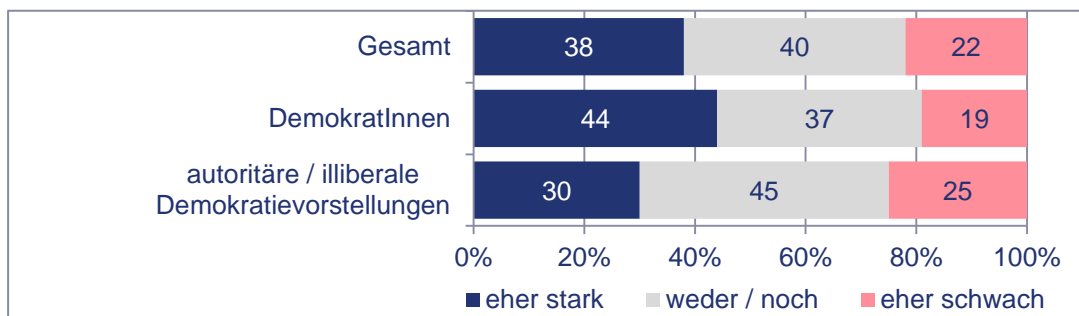
Anm.: Frage im Wortlaut „Funktioniert das politische System in Österreich derzeit ...?“

Abbildung 13: Lebendigkeit der Demokratie in Österreich



Anm.: Frage im Wortlaut „Ist die Demokratie in Österreich eher lebendig oder eher tot?“

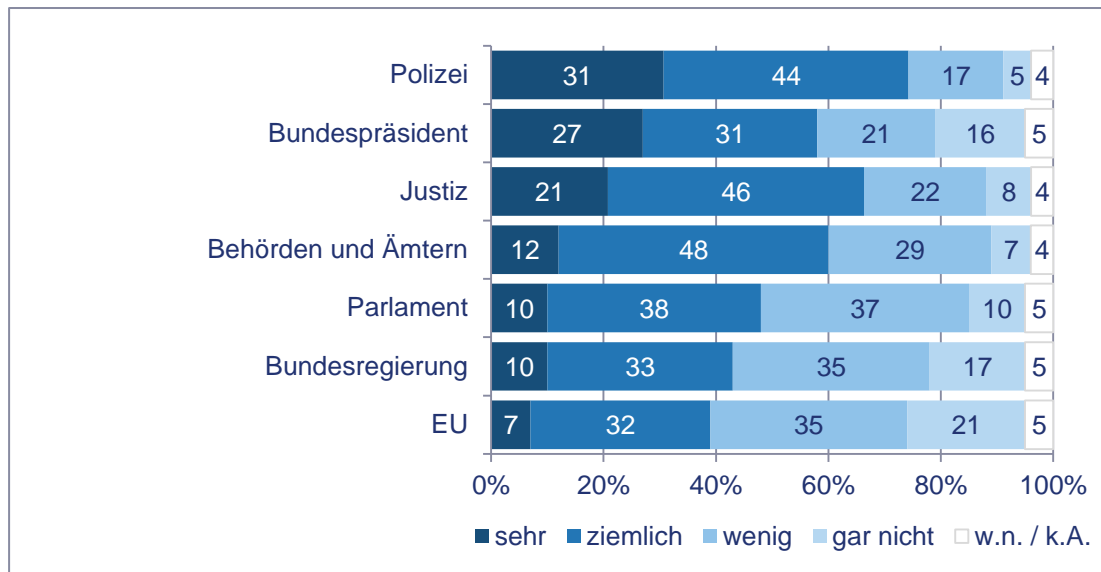
Abbildung 14: Stärke der Demokratie in Österreich



Anm.: Frage im Wortlaut „Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

Ein weiterer Aspekt der Auskunft darüber, wie die Menschen in Österreich ihrem politischen System gegenüberstehen, ist ihr Vertrauen in die Institutionen dieses Systems. In diesem Zusammenhang genießen die Polizei, der Bundespräsident und die Justiz das höchste Vertrauen. Deutlich geringer ist das Vertrauen in das Parlament, die Bundesregierung und die Europäische Union (Abbildung 15).

Abbildung 15: Institutionenvertrauen



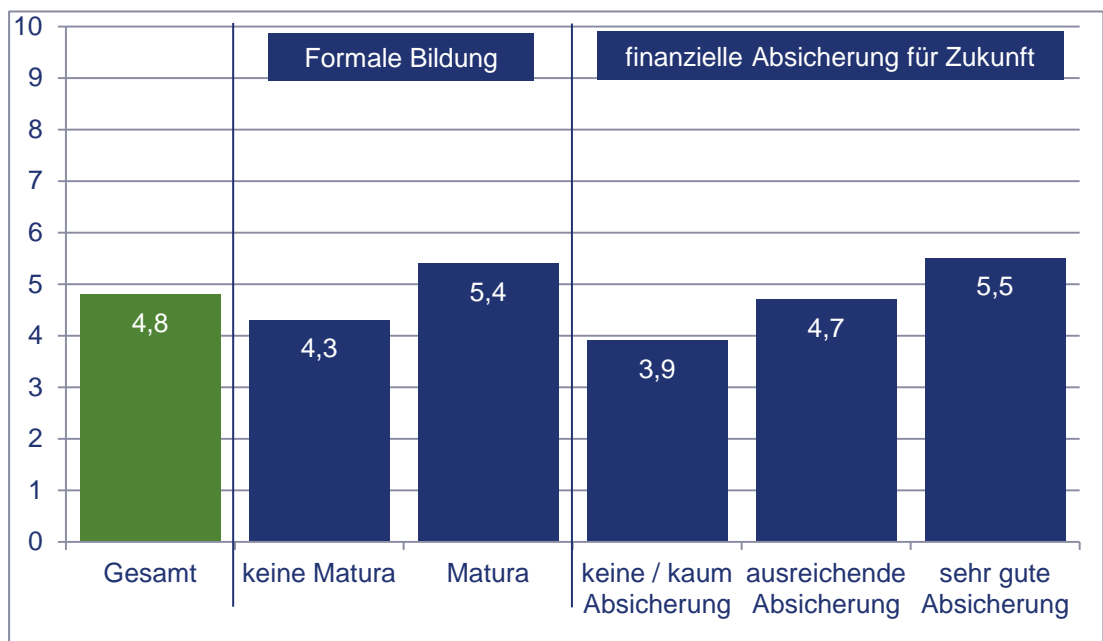
Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie ... sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

Um nun für diese zweite Ebene von Demokratie eine insgesamt Bewertung zu ermöglichen, wurden alle bislang in diesem Kapitel genannten Aspekte – die Bewertung der Funktionsweise des politischen Systems, die Einschätzung der Demokratie in Österreich lebendig und stark sowie das Vertrauen in den Bundespräsidenten, das Parlament, die Polizei, die Justiz und die Behörden – zu einem Index zusammengefasst. Dieser gibt Auskunft über die aktuelle Ausgestaltung der Demokratie in Österreich und kann Werte zwischen 0 und 10 umfassen. Der Wert 10 bedeutet dabei, dass alle Menschen der Ansicht sind, dass das politische System sehr gut funktioniert, dass alle Menschen die Demokratie als lebendig und stark wahrnehmen und dass alle Menschen den fünf genannten Institutionen sehr vertrauen. Der Wert 0 steht für das Gegenteil. Derzeit bzw. im Jahr 2018 liegt der Wert dieser Kennzahl bei 5,8 (Abbildung 16).

Die Analyse der Bewertung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verweist auch an dieser Stelle auf die zentrale Bedeutung von Ressourcen: Je besser die finanzielle Absicherung der Menschen, desto zufriedener sind sie mit der Demokratie in Österreich

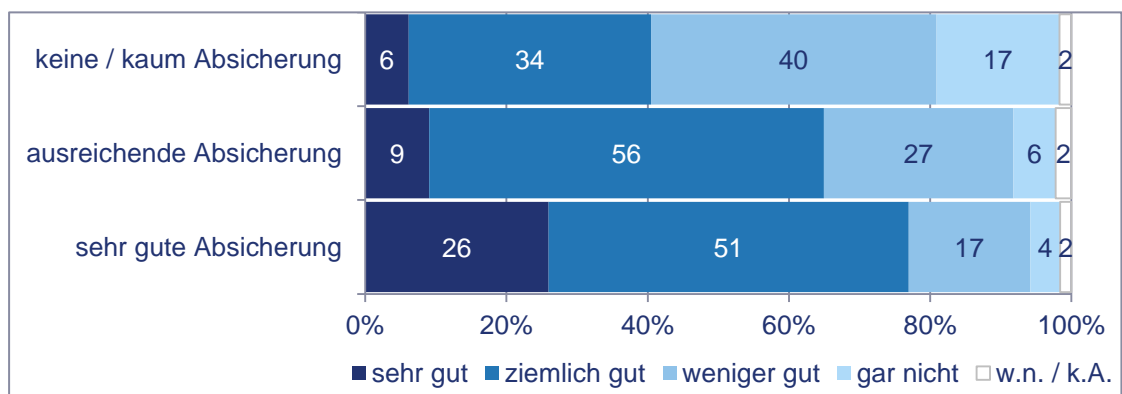
(Abbildung 16). Umgekehrt bedeutet dies, dass fehlende oder mangelnde Ressourcen die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Vertrauen in seine Institutionen beeinträchtigen. So bewerten beispielsweise 77% der Menschen mit sehr guter finanzieller Absicherung die Funktionsweise des politischen Systems gut; selbiges gilt für 65% der Menschen mit ausreichender und für nur 40% der Menschen mit keiner oder geringer finanzieller Absicherung (Abbildung 17).

Abbildung 16: Kennzahl zur aktuellen Ausgestaltung von Demokratie



Anm.: Die finanzielle Absicherung der Befragten wurde über ihren Berufsstatus, ihr Haushaltseinkommen und über ihre subjektive Einschätzung erfasst. Frage im Wortlaut: „Bitte denken Sie an Ihr Einkommen, ihren Besitz und an das, was Sie einmal erben. Alles in allem betrachtet: Sind Sie für die Zukunft sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht abgesichert?“

Abbildung 17: Politisches System in Ö funktioniert:



Anm.: Frage im Wortlaut „Funktioniert das politische System in Österreich derzeit ...?“

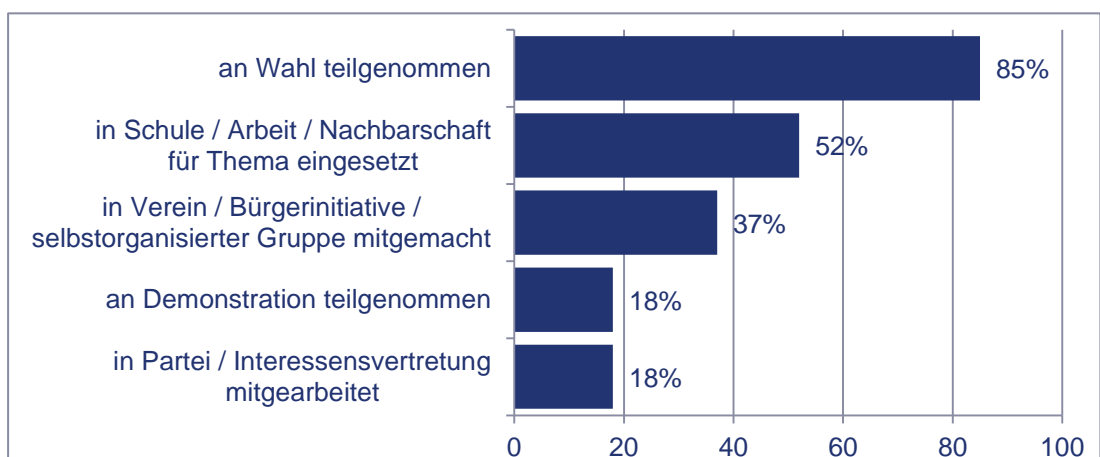
3.3 Ebene 3: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Als dritte Ebene von Demokratie erfasst der Demokratie Monitor die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation der Menschen. Damit wird zusätzlich zu ihren grundlegenden Einstellungsmustern der Demokratie gegenüber (Ebene 1, Kapitel 3.1) und ihrer Einschätzung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich (Ebene 2, Kapitel 3.2) ein weiterer, zentraler Aspekt jeder Demokratie aufgegriffen. Dies sehen auch die Menschen in Österreich so – die Möglichkeit zur Partizipation ist für sie ein ebenso wichtiger Bestandteil von Demokratie wie Gewaltenteilung oder BürgerInnen- und Menschenrechte (Kapitel 2).

Von den zahlreichen Möglichkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, stellen Wahlen nicht nur das Kernstück demokratischer Partizipation dar, durch sie partizipieren auch die meisten Menschen an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Dies gilt auch für Österreich: Drei Viertel der Menschen haben in den letzten fünf Jahren an einer Wahl teilgenommen. Weit verbreitet ist darüber hinaus die Beteiligung im direkten sozialen Umfeld: Rund die Hälfte hat sich in der Schule, der Arbeit oder der Nachbarschaft für einen anderen Menschen oder ein bestimmtes Thema eingesetzt (Abbildung 18).

Mit rund einem Drittel beteiligen sich bereits deutlich weniger Menschen im Rahmen von Vereinen, Bürgerinitiativen oder selbstorganisierten Gruppen. Jeweils knapp ein Fünftel hat schließlich in den letzten fünf Jahren an einer Demonstration teilgenommen oder in einer politischen Partei bzw. Interessensvertretung mitgearbeitet (Abbildung 18).

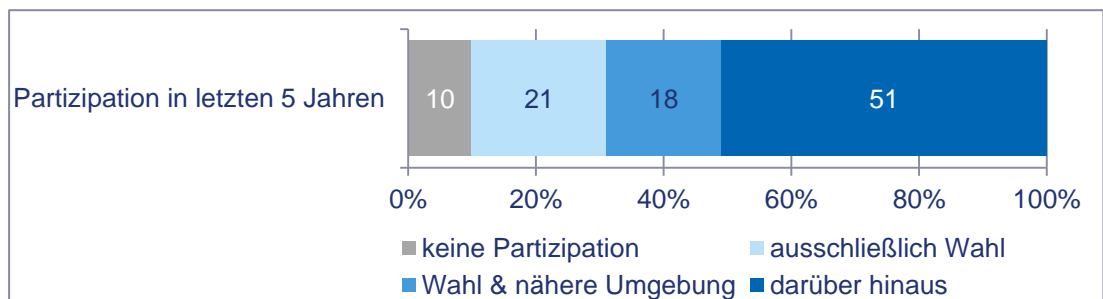
Abbildung 18: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation



Anm.: Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Partizipation ist demnach nicht nur ein Teil des Demokratieverständnisses der Menschen in Österreich, der Großteil von ihnen nimmt in der einen oder anderen Form auch an Politik und Zivilgesellschaft teil. Nicht zutreffend ist dies jedoch für 10% der Menschen in Österreich – sie haben sich in den letzten fünf Jahren in keiner der genannten Formen beteiligt. Rund jede/r Fünfte hat innerhalb dieses Zeitraums an einer Wahl teilgenommen, weitere 18% haben gewählt und sich im näheren sozialen Umfeld für andere eingesetzt. Rund die Hälfte der Menschen hat sich auch über diese beiden Partizipationsmöglichkeiten hinaus beteiligt – hat also auch an einer Demonstration teilgenommen oder war in einem Verein, einer Bürgerinitiative, einer selbstorganisierten Gruppe, einer Partei oder einer Interessensvertretung aktiv (Abbildung 19).

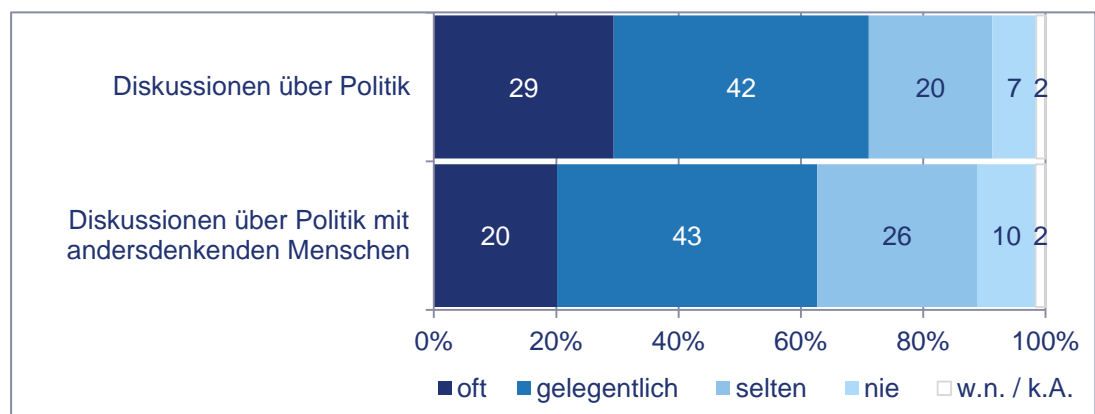
Abbildung 19: Partizipation in den letzten 5 Jahren



Anm.: Berechnet aus der Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Der hohe Stellenwert von Partizipation zeigt sich darüber hinaus im alltäglichen Austausch über Politik: 71% der Menschen in Österreich diskutieren zumindest gelegentlich über Politik, fast ein Drittel sogar oft. Für die Mehrzahl der Menschen finden diese politischen Debatten auch über Meinungsgrenzen hinweg statt (Abbildung 20).

Abbildung 20: Partizipation an politischen Debatten

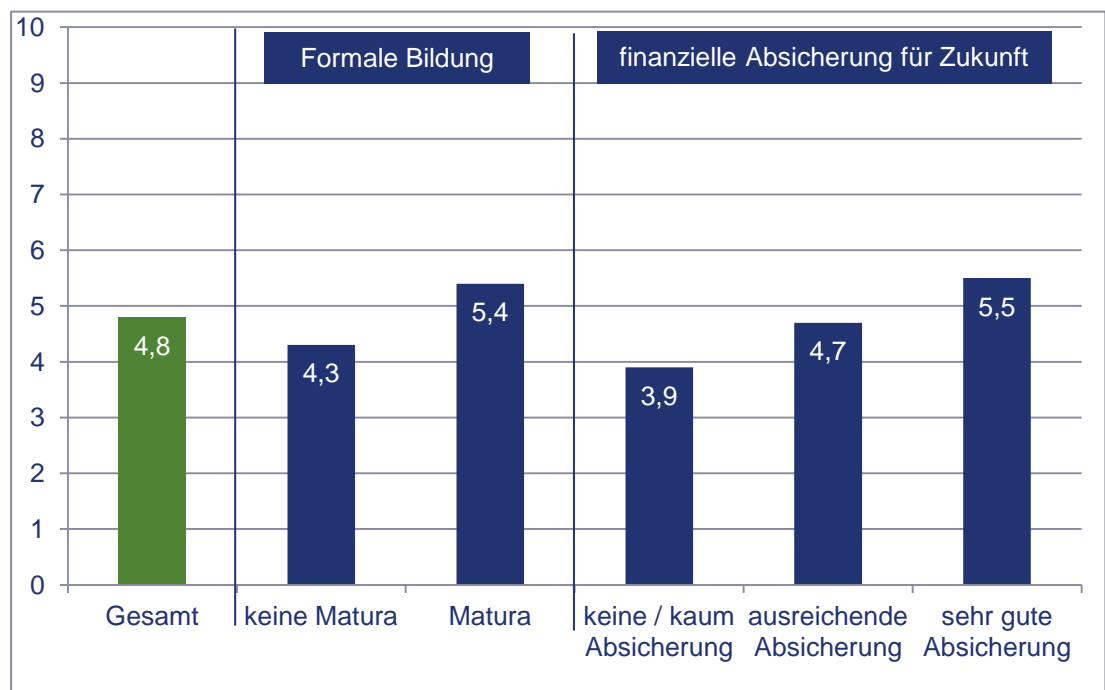


Anm.: Frage im Wortlaut: „Diskutieren Sie oft, gelegentlich, selten oder nie über Politik / über Politik mit Menschen, die eine grundlegend andere Meinung haben als Sie selbst?“

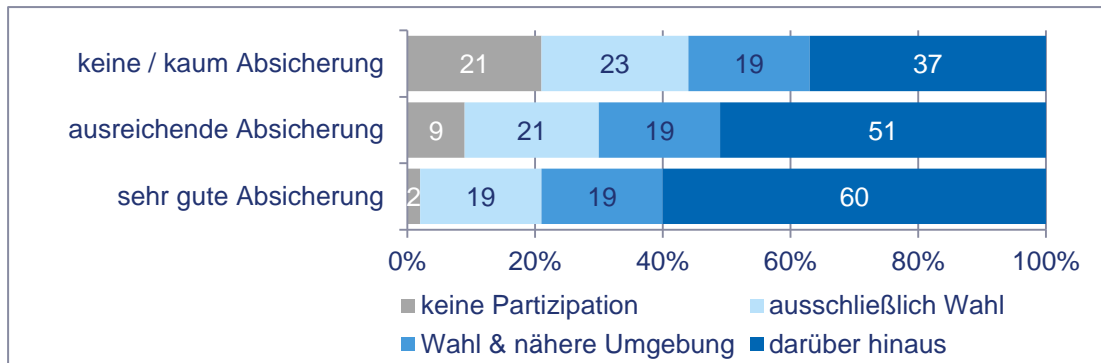
Um nun auch für die dritte Ebene von Demokratie eine insgesamt Bewertung festzuhalten, wurden die sechs genannten Partizipationsformen (Abbildung 19 und Abbildung 20) zu einem weiteren Index zusammengefasst. Dieser gibt Auskunft über die aktuelle Stellung von politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation und kann wiederum Werte zwischen 0 und 10 umfassen. Der Wert 10 bedeutet dabei, dass alle Menschen oft über Politik diskutieren und sich in den letzten fünf Jahren über alle genannten Formen an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt haben. Der Wert 0 steht für das Gegenteil. Derzeit bzw. im Jahr 2018 liegt der Wert dieser Kennzahl bei 4,8 (Abbildung 21).

Wiederum ist es soziale Ungleichheit, die den stärksten Zusammenhang mit Partizipation aufweist: Je besser die finanzielle Absicherung der Menschen, desto mehr partizipieren sie an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Dementsprechend beteiligen sich 60% der Menschen mit sehr guter Absicherung über die Teilnahme an Wahlen und das nähere soziale Umfeld hinaus, jedoch nur 37% der Menschen mit keiner bzw. einer geringen Absicherung. In der letztgenannten Gruppe partizipiert schließlich jede/r Fünfte gar nicht (Abbildung 21).

Abbildung 21: Kennzahl zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation



Anm.: Die finanzielle Absicherung der Befragten wurde über ihren Berufsstatus, ihr Haushaltseinkommen und über ihre subjektive Einschätzung erfasst. Frage im Wortlaut: „Bitte denken Sie an Ihr Einkommen, ihren Besitz und an das, was Sie einmal erben. Alles in allem betrachtet: Sind Sie für die Zukunft sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht abgesichert?“

Abbildung 22: Partizipation in den letzten fünf Jahren

Anm.: Berechnet aus der Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

4 Drei Kennzahlen für die künftige Beobachtung der Demokratie

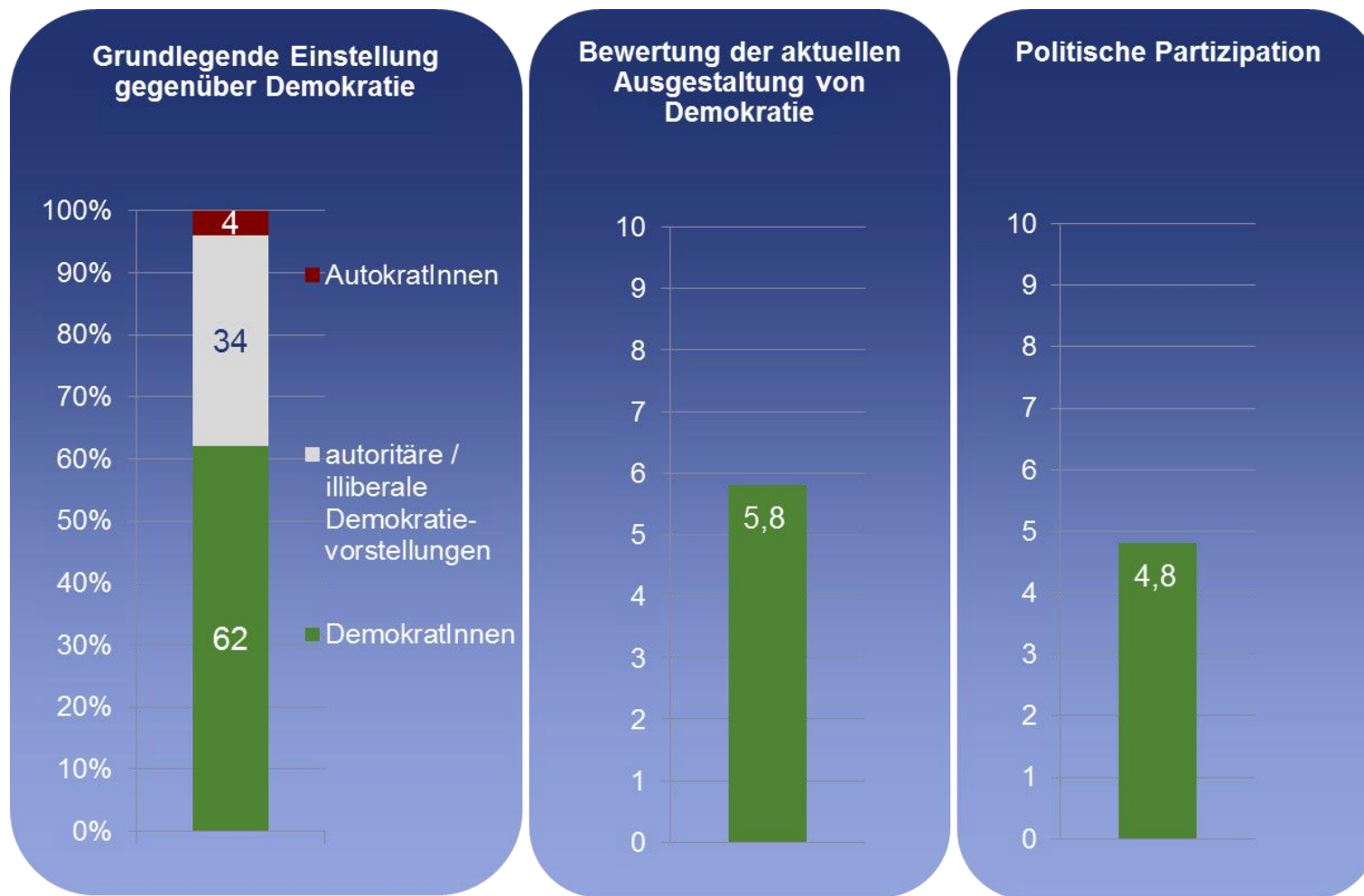
Der Demokratie Monitor 2018 hat zum ersten Mal drei Kennzahlen erhoben, anhand derer die Entwicklung der Demokratie in Österreich beobachtet werden kann. Diese drei Kennzahlen erfassen drei unterschiedliche Ebenen von Demokratie und werden künftig jährlich in kompakter sowie nachvollziehbarer Form Auskunft über Veränderungen in den Einstellungsmustern, den Bewertungen und der Partizipation der Bevölkerung geben.

Die erste Kennzahl (Kapitel 3.1) fasst die grundlegenden Einstellungen der Menschen gegenüber der Demokratie zusammen und differenziert zwischen uneingeschränkt demokratischen, autoritären bzw. illiberalen und autokratischen Einstellungsmustern (Abbildung 23).

Die zweite Kennzahl (Kapitel 3.2) gibt Auskunft darüber, wie die Menschen in Österreich die aktuelle Ausgestaltung der Demokratie bewerten. Der höchstmögliche Wert von 10 wird erreicht, wenn alle Menschen der Ansicht sind, dass das politische System in Österreich sehr gut funktioniert, dass die Demokratie lebendig und stark ist und wenn das Vertrauen in zentrale Institutionen unserer Demokratie hoch ist (Abbildung 23).

Die dritte Kennzahl (Kapitel 3.3) informiert über die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation. Der wiederum höchstmögliche Wert von 10 ergibt sich, wenn alle Menschen oft politische Debatten führen und sich im Rahmen von Wahlen, Vereinen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Gruppen, Demonstrationen, politischen Parteien, Interessensvertretungen und in ihrem sozialen Umfeld – also in Schule, Arbeit oder Nachbarschaft – an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen (Abbildung 23).

Abbildung 23: Drei Kennzahlen für die künftige Beobachtung der Demokratie



Anm.: Zur Berechnung bzw. inhaltlichen Interpretation der drei Kennzahlen siehe Kapitel 3.1, Kapitel 3.2 und Kapitel 3.3.

5 Zusammenfassung

Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Ersten Republik hat SORA den Demokratie Monitor ins Leben gerufen. Er schafft eine empirische Grundlage dafür, den Zustand der Demokratie in Österreich aufzuzeigen und ihre Entwicklung zu beobachten. Der Demokratie Monitor wird ab dem Jahr 2018 jährlich erhoben und besteht aus einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung ab 16 Jahren. Demokratie wird dabei auf drei Ebenen erfasst:

Zum einen geht es um die grundlegenden Einstellungsmuster der Menschen gegenüber der Demokratie. Die zweite Ebene beinhaltet die Bewertungen der Menschen hinsichtlich der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich und die dritte Ebene befasst sich mit politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Für jede dieser drei Ebenen wird jährlich eine Kennzahl berechnet, die mögliche Veränderungen kompakt aufzeigt und nachvollziehbar macht.

Die hier vorgestellten Ergebnisse des ersten Demokratie Monitors verweisen darauf, dass die Menschen in Österreich ein umfassendes Verständnis von Demokratie haben. Dieses beinhaltet verfassungsrechtlich verankerte Prinzipien – freie und geheime Wahlen, die Gewaltenteilung, den Rechtsstaat, BürgerInnen- und Menschenrechte – ebenso wie soziale Rechte, demokratische Aushandlungsprozesse im Alltag und politische Partizipation.

In Bezug auf die Möglichkeit zur Partizipation in der Schule – also jener Institution, die das Erlernen und Erleben von Demokratie im weiteren gesellschaftlichen Kontext ermöglichen soll – kann ein Demokratisierungsschub im Zuge der Zweiten Republik festgehalten werden: Je jünger die Menschen sind, desto häufiger konnten sie sich auch an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen in der Schule beteiligen.

Die Demokratie als grundlegendes System und damit als bestmögliche Staatsform ist fest im Bewusstsein der Menschen verankert. Auch die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie in Österreich wird mehrheitlich positiv bewertet – zwei Drittel der Menschen denken, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Diese positiven Einstellungen spiegeln sich in ihrer politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation, wobei vor allem die Beteiligung an Wahlen und im direkten Umfeld hoch ist.

Anschließend an diesen positiven Befund identifiziert der Demokratie Monitor zwei Warnsignale: Zum einen äußert ein Drittel der Bevölkerung autoritäre bzw. illiberale Demokratievorstellungen. Diese gehen in Richtung einer Einschränkung der „Checks and Balances“ und betreffen die Rechte der Opposition, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien und die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit.

Diese Entwicklungen werden zweitens durch soziale Ungleichheit verstärkt: Menschen sind mit der Demokratie in Österreich unzufrieden und verlieren ihr Vertrauen in das demokratische System, wenn die Demokratie ihre zentralen Versprechen nach Gleichheit, Beteiligung und Wohlstand für sie nicht einhalten kann. Dementsprechend beteiligen sich Menschen mit weniger sozioökonomischen Ressourcen auch seltener an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Für die Qualität einer Demokratie ist Partizipation über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg jedoch zentral – ist gleichberechtigte Interessenseinbringung nicht möglich bzw. findet sie nicht statt, stellt dies die politische Gleichheit und damit ein Kernstück jeder Demokratie in Frage.

Quellen

Bundes-Verfassungsgesetz idF BGBl. I Nr. 22/2018.

Baur, Nina / Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online Umfragen. In: Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-129.

Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, S. 117-149. Verfügbar unter: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_46.pdf

Abbildungen

Abbildung 1: Demokratieverständnis der Menschen in Österreich	7
Abbildung 2: Demokratische Auseinandersetzung im Alltag	8
Abbildung 3: Beispiel einer demokratischen Auseinandersetzung im Alltag	8
Abbildung 4: Beteiligung im Schulkontext	9
Abbildung 5: Bewertung der schulischen politischen Bildung	10
Abbildung 6: Die drei Ebenen von Demokratie im Demokratie Monitor	11
Abbildung 7: Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform	12
Abbildung 8: Zustimmung zu einer Autokratie	12
Abbildung 9: Ausbau bzw. Einschränkung von Rechten	13
Abbildung 10: Drei Einstellungsmuster in Zusammenhang mit Demokratie	14
Abbildung 11: Verbreitung der drei Einstellungsmuster in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen	15
Abbildung 12: Funktionsweise des politischen Systems in Österreich	16
Abbildung 13: Lebendigkeit der Demokratie in Österreich	16
Abbildung 14: Stärke der Demokratie in Österreich	16
Abbildung 15: Institutionenvertrauen	17
Abbildung 16: Kennzahl zur aktuellen Ausgestaltung von Demokratie	18
Abbildung 17: Politisches System in Ö funktioniert:	18
Abbildung 18: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	19
Abbildung 19: Partizipation in den letzten 5 Jahren	20
Abbildung 20: Partizipation an politischen Debatten	20
Abbildung 21: Kennzahl zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation	21
Abbildung 22: Partizipation in den letzten fünf Jahren	22
Abbildung 23: Drei Kennzahlen für die künftige Beobachtung der Demokratie	24